

**Antragsbuch der
Kreisdelegiertenversammlung der
SPD Mitte am 16.03.2024**

Inhaltsverzeichnis

L Anträge für den Landesparteitag 1

L1	SPDqueer Mitte	
L1 Keine politische Arbeit in unserer Partei ohne die Partizipation Aller: eine Reformkommission für die Geschlechterquote mit dem Schwerpunkt FLINTA*-Personen einrichten		1
.....		
L2	AK Armutsbekämpfung	
L2 Initiative für eine grundlegende Reform der Kältehilfe und Stärkung der Unterstützungsstrukturen für vulnerable Gruppen in Berlin		3
.....		
L3	AK Armutsbekämpfung und AG AfB Berlin-Mitte	
L3 Landesweite Willkommensstrategie für schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund		6
.....		
L4	SPD Luisenstadt	
L4 Parkgebühren gerechter gestalten		12
.....		
L5	SPD Luisenstadt	
L5 Nutzung der Berliner Gewässer nachhaltiger und sicherer gestalten		13
.....		
L6	AK Klimapolitik	
L6 Bekämpfung des Müllproblems in Berlin		14
.....		

B Bezirksbezogene Anträge 16

B1	AK Armutsbekämpfung	
B1 Neubeschluss und Umbenennung des Arbeitskreises 'Armutsbekämpfung' in der SPD Berlin Mitte		16
.....		
B2	Abt. 1 XYZ	
B2 Geflüchtete Kinder nicht separieren – Saatwinkler Damm weiter für Schulbedarfe in Mitte mitnutzen		17
.....		
B3	AK Klimapolitik	
B3 Projekt Fluss Bad Berlin beschleunigen		19
.....		

B4	AK Klimapolitik	
B4 Verstärkte Förderung von Gemeinschaftsgärten in Berlin-Mitte		
.....		21
B5	AK Klimapolitik	
B5 Finanzierungshilfe für den südlichen Schloßplatz am Humboldt Forum		
.....		23

L Anträge für den Landesparteitag

L1

SPDqueer Mitte

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine politische Arbeit in unserer Partei ohne die Partizipation Aller: eine Reformkommission für die Geschlechterquote mit dem Schwerpunkt FLINTA*-Personen einrichten

1 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird auf-
2 gefordert, eine Kommission einzusetzen, die
3 bis zum Landesparteitag I/2025 einen Vor-
4 schlag zur Reform der Geschlechterquote vor-
5 zulegen hat, der alle FLINTA*-Personen ad-
6 äquat und gerecht berücksichtigt und nicht
7 zulasten anderer strukturell unterrepräsen-
8 tierter Gruppen stattfindet. Die Kommission
9 soll sich aus Mitgliedern der Landesvorstände
10 der SPDqueer Berlin, SPD FRAUEN Berlin, der
11 Jusos Berlin, Mitgliedern der Satzungskom-
12 mission der SPD Berlin und weiteren, interes-
13 sierten Genoss*innen zusammensetzen.
14 Im Anschluss an den Beschluss der Berliner
15 SPD wird der Landesvorstand aufgefordert,
16 mit den Bundesvorständen der SPDqueer, der
17 SPD FRAUEN, der Jusos und den mit Satzungs-
18 fragen betrauten Mitgliedern des Parteivor-
19 standes einen entsprechenden satzungsän-
20 dernden Antrag zum nächsten Bundespartei-
21 tag der SPD zu erarbeiten und einzubringen.

22

23 **Begründung**

24 Gender ist keine binäre Identitätskategorie
25 und es ist schon längst möglich, sich mit
26 dem Geschlechtseintrag „divers“ in der Mit-
27 gliederdatenbank der SPD führen zu lassen.
28 Dies ist bereits ein großer Schritt zur gleich-
29 berechtigten Teilhabe von nicht-binären Ge-
30 noss*innen. Gleichzeitig werden Menschen,
31 die nicht männlich oder weiblich sind, noch
32 nicht in der parteiinternen Geschlechterquo-
33 te berücksichtigt. Diese ist noch immer binär
34 gefasst. Gleiches gilt bei den Regularien zur
35 Listenaufstellung allgemeiner Wahlen. Hier
36 gibt es dringenden Reformbedarf, um die un-
37 eingeschränkte und gleichberechtigte Teilha-

38 be aller Genoss*innen zu realisieren. Eine sol-
39 che Quotenreform soll ausdrücklich im vollen
40 Bewusstsein und Anerkennung der Leistun-
41 gen der Frauen in der SPD im Kampf um ih-
42 re Gleichberechtigung in der Partei durchge-
43 führt werden. Deshalb ist ein breiter und in-
44 tensiver Prozess nötig, welcher nur durch eine
45 dezidiert mit diesem Ziel eingerichtete Kom-
46 mission durchzuführen ist.

L2**AK Armutsbekämpfung****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Initiative für eine grundlegende Reform der Kältehilfe und Stärkung der Unterstützungsstrukturen für vulnerable Gruppen in Berlin**

1

2 Wir fordern die SPD Abgeordneten des Berli-
3 ner Abgeordnetenhaus, den Senat und die zu-
4 ständigen Stellen auf, die folgenden genann-
5 ten Maßnahmen zu prüfen, zu unterstützen
6 und umzusetzen, um die Kältehilfe umfas-
7 send zu reformieren und die Unterstützungs-
8 strukturen für vulnerable Gruppen und woh-
9 nungslose Menschen nachhaltig zu verbes-
10 sern. Die Umsetzung dieser Reform ist ein
11 entscheidender Schritt, um die Würde und Le-
12 bensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu
13 schützen und zu fördern.

14 Es ergeben sich folgende dringende Hand-
15 lungsbedarfe:

- 16 • **Eine Förderung der Bereitstellung**
17 **spezialisierter Unterkünfte für queere**
18 **und transsexuelle Personen sowie**
19 **Menschen mit Behinderungen ist**
20 **einzurichten**, um den besonderen
21 Bedürfnissen dieser Gruppen gerecht
22 zu werden.
- 23 • **Konkrete Schritte zur Umsetzung des**
24 **Masterplans 2030 sind anzugehen**, in-
25 klusive der Überprüfung und mögli-
26 chen Anpassung der Zeitpläne, um rea-
27 listische und erreichbare Meilensteine
28 zu setzen.
- 29 • **Anhebung des Tagessatzes für die Un-**
30 **terbringung im Rahmen der Kältehil-**
31 **fe und Umstellung der Finanzierung**
32 **auf einen gemeinsamen Topf**, um eine
33 gerechte Verteilung der Mittel zu ge-
34 währleisten und Bezirke, die sich stark
35 für Wohnungsloseneinrichtungen ein-
36 setzen, angemessen zu unterstützen.
- 37 • **Die Auslage von Informationen zu**

38 **existierenden Beschwerdestellen in**
39 **allen Einrichtungen**, wie zum Bei-
40 spiel das Kontaktformular für den
41 Bürger- und Polizeibeauftragten um
42 Transparenz und Zugänglichkeit, **ist zu**
43 **gewährleisten.**

44 • **Eine Schaffung einer Beschwerdestelle**
45 **für Wohnungslose** für Beschwerden be-
46 züglich unangemessener oder fehlen-
47 der Unterbringung und Unterstützung
48 durch die Ämter.

49 • **Notwendiger Ausbau des Angebots von**
50 **Tagesaufenthalten mit Fokus auf das**
51 **Stadtzentrum mit Anbindung von So-**
52 **zialberatung**, um die überlasteten exis-
53 tierenden Tagesaufenthalte zu entlas-
54 ten.

55 • **Erstellung einer Statistik zu Todesfäl-**
56 **len durch Kältetod und andere Ursach-**
57 **en im Zusammenhang mit Obdachlo-**
58 **sigkeit**, welche von der Gerichtsmedizin
59 an den Senat zu melden sind.

60

61 **Begründung**

62 Angesichts der zunehmenden Herausforde-
63 rungen und Bedürfnisse vulnerabler Grup-
64 pen, insbesondere im Kontext der Kälte-
65 hilfe, ist eine grundlegende Reformierung
66 dieser Unterstützungsstruktur unausweich-
67 lich. Die aktuelle Situation, gekennzeichnet
68 durch überlastete Tagesaufenthalte, unzu-
69 reichende Unterbringungsmöglichkeiten und
70 die mangelnde Integration von Sozialarbeit,
71 offenbart erhebliche Mängel in der Versor-
72 gung und Betreuung, gerade von queeren
73 und transsexuellen Wohnungslosen, sowie
74 behinderten Wohnungslosen.

75 Die Notwendigkeit, den Tagessatz für die Un-
76 terbringung im Rahmen der Kältehilfe anzu-
77 passen und die Finanzierung zu zentralisie-
78 ren, steht im Vordergrund, um eine gerech-
79 te und effiziente Verteilung der Ressourcen
80 zu gewährleisten. Darüber hinaus erfordert
81 die Schaffung spezifischer Unterkünfte und
82 die Bereitstellung umfassender Beratungs-
83 dienstleistungen eine gezielte Aufmerksam-

84 keit und Aktion, um den individuellen Bedürf-
85 nissen gerecht zu werden und Todesfälle zu
86 verhindern.

87 Diese Reform erfordert eine Erhöhung
88 der Transparenz und Zugänglichkeit von
89 existierenden Beschwerdestellen, die Ein-
90 richtung einer Beschwerdestelle speziell
91 für Wohnungslose und die Schaffung einer
92 detaillierten Statistik zu Todesfällen. Nur
93 durch eine ganzheitliche Betrachtung und
94 Anpassung der bestehenden Strukturen
95 können wir eine inklusive und unterstüt-
96 zende Gesellschaft fördern, die niemanden
97 zurücklässt.

L3**AK Armutsbekämpfung und AG AfB Berlin-Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Landesweite Willkommensstrategie für schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund****1 Berlin braucht eine Exzellenzinitiative für
2 Willkommensklassen und die Beschulung
3 von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund!
4**

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich für eine landesweite „**Willkommensstrategie** für schulpflichtige Kinder und Jugendliche“ einzusetzen. Dazu sollen **noch im Jahr 2024 neue Standards** von Integrations- und Bildungsangeboten in Willkommensklassen an Regelschulen etabliert werden mit denen schnell und unverzüglich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, mit belastbaren Konzepten und zukunftsweisend den Bedarfen von zugewanderten Kindern und Jugendlichen begegnet wird. Ziel ist mit definierten Kriterien und mit Blick auf langfristige Wirkungsziele effektiv, effizient und lernend zu arbeiten.

21 Berlin ist sich der besonderen Verantwortung bewusst und entwickelt wegweisend und zielführend das Angebot von Willkommensklassen und begleitend für Regelklassen mit einem integrativen, partizipativen und gerechten Anspruch fort. Es bedarf einer Reform des Landeskonzeptes zur Integration von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, einer Initiative und einer Finanzierung, die sich ressortübergreifend versteht und die Bezirke einschließt. Dafür sollen insbesondere folgenden Reformen Berücksichtigung finden:

- 34 • **Willkommensklassen sind auf eine
35 bessere schulgesetzliche Grundlage
36 zu stellen.** Diese hat ausgehend vom
37 Recht auf Bildung die Anbindung an

38 eine Regelschule, die Aufnahme in eine
39 Willkommensklasse und den Übergang
40 in eine Regelklasse sowie verbindliche
41 Rahmenlehrpläne und Verweildauern
42 zu regeln. Bezüglich § 15 SchulG ist
43 klarzustellen, dass die Angebote Teil
44 des Regelsystems sind und eine Be-
45 schulung an separaten Filialstandorten
46 auszuschließen ist. Die Regelung gilt
47 ebenfalls für Schulen in privater Träger-
48 schaft. **Gleiche Rahmenbedingungen**
49 **und Zugänge zu Unterstützungsange-**
50 **boten** ohne administrative Hürden und
51 Unterschiede durch Rechtskreise sind
52 für alle Willkommensschüler*innen zu
53 etablieren.

- 54 • Insbesondere sind der **Sprachstand** und
55 weitere Fachkenntnisse zu erfassen
56 und die Schüler*innen entsprechend
57 ihrer Kenntnisse einer Willkom-
58 mensklasse zuzuordnen. Dabei sind
59 insbesondere die sogenannten Al-
60 phabetisierungsklassen auszubauen.
61 Dadurch können Ressourcen ziel-
62 gerichteter eingesetzt werden. Die
63 Muttersprache ist als zweite Fremd-
64 sprache anzuerkennen.
- 65 • Entsprechend sind Willkommensklas-
66 sen mit **verbindlichen Curricula** auszu-
67 statten, die den unterschiedlichen Be-
68 darfen und den altersgemäßen Ansprü-
69 chen gerecht werden. Dabei soll vor
70 allem auf **Fachunterricht** geachtet wer-
71 den und nicht nur der Sprachunter-
72 richt im Fokus liegen. Die Curricula ori-
73 entieren sich an den Notwendigkeiten
74 des Spracherwerbs unter Berücksich-
75 tigung von Sprachstand und weiteren
76 Kenntnissen und der Integration in das
77 Regelschulsystem. Angebote und For-
78 men des sozialen Lernens sind dabei
79 unbedingt zu berücksichtigen. **Lebens-**
80 **weltliche Bezüge und Bildungsangebo-**
81 **te** mit Zielen der kulturellen und sozia-
82 len Teilhabe sind unbedingt einzuarbei-
83 ten.

- 84 • **Multiprofessionelle Teams:** Das Zu-
85 sammenwirken von psychologischer
86 Unterstützung, Sozialarbeit, schuli-
87 scher und außerschulischer Bildung,
88 Kultur- und Freizeitpädagogik und
89 Wirtschaft (IHK, HWK und weitere
90 Kammern) – multiprofessionelle Teams
91 – soll genannte Ansprüche umsetzen
92 und insbesondere auch den indivi-
93 duellen Bedarfen der Schülerinnen
94 und Schüler Rechnung tragen und ein
95 ganzheitliches Lernumfeld schaffen. **In**
96 **den Schulen mit Willkommensklassen**
97 **werden Willkommens-/Integrations-**
98 **Teams verbindlich eingerichtet.** Diese
99 sollen fachlich und jahrgangsüber-
100 greifend die Bildungsverläufe von
101 migrierten Schülerinnen und Schülern
102 beobachten und Angebote koordinie-
103 ren, die zu positiven Bildungsverläufen
104 beitragen.
- 105 • **Qualität in Fachlichkeit und Struktur:**
106 Wirkungsziele, Qualitätssicherung und
107 Reflektion sind sicherzustellen. Defi-
108 nierte Wirkungsziele und notwendiges
109 pädagogisches Handeln müssen fort-
110 laufend beobachtet und reflektiert wer-
111 den. Unbedingt zu beachten ist der An-
112 schluss der multiprofessionellen Teams
113 an Kollegien der jeweiligen Bestands-
114 schulen. Das Personal ist themensen-
115 sibel zu beraten. Entsprechend sind
116 Fort- und Weiterbildungsangebote be-
117 reitzustellen. Unterschiedliche Sprach-
118 niveaus, insbesondere auch von Ein-
119 fachlehrkräften, sind flexibel und be-
120 darfsorientiert anzuerkennen. Die Ver-
121 träge des Personals sind zu entfris-
122 ten. Fachlichen Beratung und Beglei-
123 tung von multiprofessionellen Teams
124 ist aus dem Bestand heraus personell
125 und inhaltlich nicht umsetzbar. Die ge-
126 forderte Multiprofessionalität erfordert
127 deshalb eine zusätzliche koordinieren-
128 de Stelle.
- 129 • In diesen multiprofessionellen Teams,

130 die unmittelbar und operativ mit den
131 Schülerinnen und Schülern arbeiten,
132 sollen neben entsprechend aus- und
133 fortgebildeten Lehrkräften ebenfalls
134 Fachkräfte von Bildungsdienstleis-
135 tern, sozialen und psychologischen
136 Diensten, aus- und fortgebildetes
137 Personal aus Herkunftsländern und
138 wissenschaftlicher Begleitung zusam-
139 menwirken. Eine „Patchwork-Struktur“
140 der Unterstützung ist dabei unbed-
141 dingt zu verhindern, es gilt das Prinzip
142 der „Unterstützung und Begleitung
143 aus einer Hand“. Es gilt Chancen und
144 Möglichkeiten zu nutzen, auch au-
145 ßerschulische Räume, zum Beispiel
146 Räume von Bildungsdienstleistern, in
147 Planungen einzubeziehen.

148 • **Elternarbeit** ist ein verbindlicher
149 Bestandteil des Angebotes. Willkom-
150 mensschüler*innen und ihre Familien
151 haben einen Rechtsanspruch auf
152 Beratung.

153 Eine erste Umsetzung soll mit dem Schuljah-
154 resbeginn 24/25 und mit dem Schwerpunkt
155 an den Großunterkünften beginnen. Auch für
156 diese ist eine Beschulung an gemeinsamen
157 Standorten mit Regelklassen zu etablieren.
158 Zeitnah ist eine flächendeckende Übertra-
159 gung zu prüfen. Es bedarf hier einer Initiati-
160 ve, Finanzierung und Problemlösungsstrate-
161 gie, die sich ressortübergreifend versteht.

162

163 **Begründung**

164 Alle maßgeblichen bildungs- und sozialwis-
165 senschaftlichen Studien zeigen auf das Deut-
166 lichste einen Zusammenhang von Armut und
167 Bildung und folgend dann in der beruflichen
168 Bildung/Ausbildung.

169 Weiterhin ist es so, dass Kinder und Jugendli-
170 che, die in prekären bzw. armutsbetroffenen,
171 armutsgefährdeten Strukturen aufwachsen,
172 einen deutlich höheren Anteil an brüchigen
173 und dysfunktionalen Bildungsbiografien auf-
174 weisen (Schulabstinenz und Schulverweige-
175 rung).

176 In Berlin schaffen wir gerade die Vorausset-
177 zungen dafür, u. a. geflüchtete Kinder in Will-
178 kommensklassen in den Großunterkünften
179 zu unterrichten. Dieser Weg ist das Gegen-
180 teil von Integration, Partizipation und Will-
181 kommenskultur, er führt zur Ghettoisierung
182 und zur Stigmatisierung der Menschen. Die-
183 ser Weg verhindert Chancen einer schnellen
184 und nachhaltigen Integration und stellt ma-
185 ximal eine temporäre Möglichkeit dar. Ein ge-
186 gebenenfalls nur formaler Anschluss von Be-
187 schulung in Großunterkünften an Regelschu-
188 len ist keine ausreichende Lösung und darf
189 sich nicht etablieren. Ziel ist die Integration in
190 Regelschulen.

191 Ein Zugang zu Integrationsangeboten muss
192 unmittelbar gewährleistet sein. Es darf nicht
193 zu Verzögerungen und langen Wartezeiten
194 kommen. Mit Blick auf den notwendigen An-
195 schluss an das Regelschulsystem und mit
196 Blick auf die Willkommensklassen im Regel-
197 angebot sind diese Angebote von besonderer
198 gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.

199 Es bedarf einer Initiative und einer Finanzie-
200 rung, die sich ressortübergreifend versteht.

201 Mit Blick auf den Fachkräftemangel, öffent-
202 liche Transferleistungen und im Sinne einer
203 solidarischen Migrationspolitik sind gute Bil-
204 dungsangebote von besonderer Bedeutung.
205 Sowohl inhaltlich als auch strukturell gilt es,
206 belastbare Angebote aufzustellen mit nach-
207 haltiger Wirkung. Zuwanderung ist notwen-
208 dig und normal und keine Besonderheit. Das
209 bedeutet ebenfalls, dass Kinder und junge
210 Menschen zuwandern.

211 Die SPD Berlin steht für ein gerechtes und leis-
212 tungsfähiges Bildungssystem. Es muss sich
213 an den tatsächlichen Bedarfen der jungen
214 Menschen orientieren und eine gesellschaft-
215 liche, soziale Teilhabe und im Anschluss an
216 Schule eine erfolgreiche Integration in den
217 Arbeitsmarkt ermöglichen. Unterschiede zwi-
218 schen Kindern und jungen Menschen mit
219 Fluchthintergrund und zugewanderten Kin-
220 dern und jungen Menschen sind auszuschlie-
221 ßen.

222 Insbesondere in den Willkommensklassen
223 muss dafür unmittelbar und mit einem ganz-
224 heitlichen Anspruch die sowohl soziale Inte-
225 gration als auch sprachliche Heranführung
226 an Bildung erfolgen. Der Bildungsbegriff um-
227 fasst dabei sowohl die schulische, formelle
228 Bildung, als auch kulturelle und umfassende
229 außerschulische und nicht formelle Bildung
230 und das soziale, gesellschaftliche Umfeld. In-
231 tegrationserfolge sind in höchstem Maß da-
232 von abhängig, dass Bildung und Chancen und
233 Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe als
234 Einheit gesehen werden, somit die notwendi-
235 gen Voraussetzungen dafür zu schaffen sind.

L4

SPD Luisenstadt

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Parkgebühren gerechter gestalten

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des
2 AGH und des Senates setzen sich für eine
3 Anpassung der Parkgebührenordnung ein.
4 Dem Vorbild Paris folgend sollen Parkge-
5 bühren für große Kraftfahrzeuge künftig das
6 Dreifache der normalen Parkgebühr betra-
7 gen. Analog erhöht sich auch die Gebühr der
8 Anwohnerparkvignette.

9

10 **Begründung**

11 Die hohen ökologischen Kosten tonnen-
12 schwerer SUV sollen nicht länger auf die
13 Gesellschaft als Ganzes abgewälzt werden
14 können.

L5**SPD Luisenstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Nutzung der Berliner Gewässer nachhaltiger und sicherer gestalten****1 Nutzung der Berliner Gewässer nachhaltiger
2 und sicherer gestalten**

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senates setzen
4 sich für ein zukunftsgerichtetes Wassertourismuskonzept ein, das auf die Verbesserung
5 der Stadtnatur, den Erhalt der Gewässerqualität zur Trinkwassersicherheit sowie die Nutzung
6 leiserer fossilfreier Motoren zielt.

7
8
9
10 Weiterhin setzen sie sich für einen Senatsbeschluss ein, dessen Kern die Erwirkung einer
11 Länderausstiegsklausel innerhalb der Sportbootführerscheinverordnung ein, sodass auf
12 Bundeswasserstraßen in Berlin die Höchstgrenze der Führerscheinfreiheit von 15 auf 5
13 PS gesenkt werden kann.
14
15
16

17

18

19 Begründung

20 Die Beliebtheit der Wasserflächen steigt. Es
21 ist schön, wenn viele Berlinerinnen oder Touristen die Stadt aus einer neuen Perspektive
22 erleben. Zugleich steigen Nutzungskonflikte auf den Berliner Wasserstraßen kontinuierlich.
23 Durch die Heraufsetzung der Führerscheinfreiheit von 5 auf 15 PS explodierte die
24 Zahl der Nutzerinnen. Leider fahren sie zu oft ohne Kenntnisse der Verkehrsregeln und
25 ohne die nötige Beherrschung des Motorbootes. Die Folge sind Gefahren für Mensch
26 und Natur. Die Ufer werden insbesondere von dem hohen Wellenschlag massiv geschädigt,
27 Brutplätze für Wasservögel verschwinden. Für schwächere Verkehrsteilnehmer, insbesondere
28 muskelbetriebene Wassersportlerinnen (Kanu, Rudern), steigt die Gefahr des Kenterns.
29 Der Leistungssport und das Kinder- und Jugendtraining leiden.
30
31
32
33
34
35
36
37
38

L6**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Bekämpfung des Müllproblems in Berlin**

1 Die Vermüllung auf den Straßen einer Stadt
2 beeinträchtigt nicht nur die Ästhetik, son-
3 dern hat auch schwerwiegende Umwelt-
4 auswirkungen. Plastikmüll und unsachge-
5 mäßige Entsorgung gefährden die Umwelt
6 und die Gesundheit der Bewohner. Dieses
7 Problem beeinträchtigt zudem das soziale
8 Zusammenleben und das Gemeinschaftsge-
9 fühl. Um dem entgegenzuwirken, sind Auf-
10 klärung, verbesserte Müllentsorgungssyste-
11 me und gemeinschaftliches Engagement ent-
12 scheidend. Maßnahmen müssen ergriffen
13 werden, um eine saubere und lebenswerte
14 Stadtumgebung zu schaffen.

15

16 Daher fordern wir:

- 17 • Verstärkte Reinigung durch Schaffung
18 neuer Stellen und Bereitstellung neuer
19 Fahrzeuge bei der BSR
- 20 • Erhöhte Frequenz von Sperrmüllabho-
21 lungen
- 22 • Anpassung des Bußgeldes für illegale
23 Müllentsorgung
- 24 • Unterstützung und Stärkung ehren-
25 amtlicher Initiativen zur Sauberkeit in
26 Form von Ermäßigungen / Boni
- 27 • Maßnahmen zur Sensibilisierung für
28 die Problematik in der Lokalbevölke-
29 rung (berlinweite Öffentlichkeitskam-
30 pagne)

31

32

33

34 **Begründung**

35 Die Vermüllung auf den Straßen einer Stadt
36 beeinträchtigt nicht nur die Ästhetik, son-
37 dern hat auch schwerwiegende Umwelt-
38 auswirkungen. Plastikmüll und unsachge-

39 mäfte Entsorgung gefährden die Umwelt
40 und die Gesundheit der Bewohner. Dieses
41 Problem beeinträchtigt zudem das soziale
42 Zusammenleben und das Gemeinschaftsge-
43 fühl. Um dem entgegenzuwirken, sind Auf-
44 klärung, verbesserte Müllentsorgungssyste-
45 me und gemeinschaftliches Engagement ent-
46 scheidend. Maßnahmen müssen ergriffen
47 werden, um eine saubere und lebenswerte
48 Stadtumgebung zu schaffen.

B Bezirksbezogene Anträge

B1

AK Armutsbekämpfung

Die KDV möge beschließen:

Neubeschluss und Umbenennung des Arbeitskreises 'Armutsbekämpfung' in der SPD Berlin Mitte

- 1 1. Der Arbeitskreis "Armutsbekämpfung"
- 2 wird erneut beschlossen und einge-
- 3 setzt.
- 4 2. Der Arbeitskreis "Armutsbekämpfung"
- 5 wird umbenannt in Arbeitskreis "Ar-
- 6 mutsbekämpfung, Chancengleichheit
- 7 und Antiklassismus", um die Breite und
- 8 Zielsetzung deutlicher hervorzuheben.

9

10 Begründung

11 Im Zuge der Neuwahl des Kreisvorstands
12 muss der Arbeitskreis "Armutsbekämpfung"
13 erneut beschlossen und eingesetzt werden.
14 Auch eine Umbenennung ist notwendig. Die
15 bisherige Bezeichnung "Armutsbekämpfung"
16 umfasst den Tätigkeitsbereich des monatlich
17 tagenden Arbeitskreises nur unzureichend.
18 Wenn man strukturelle Barrieren abbauen
19 möchte, die Menschen in Armut halten und
20 die ihnen den Zugang zu gleichen Chancen
21 verwehren, ist eine thematische Integrati-
22 on der Themen "Armutsbekämpfung", "Chan-
23 cengleichheit" und "Antiklassismus" obliga-
24 torisch. Diese Umbenennung spiegelt dabei
25 die Kernwerte der SPD wider, die in unserem
26 Parteistatut verankert sind. Das entschlos-
27 sene Eintreten für soziale Gerechtigkeit so-
28 wie die Anerkennung der Gleichwertigkeit al-
29 ler Gesellschaftsschichten bilden das Funda-
30 ment unserer Partei. Durch die Erweiterung
31 des Namens und der Zielsetzung des Arbeits-
32 kreises bekennen wir uns explizit zu diesen
33 Prinzipien.

B2**Abt. 1 XYZ****Die KDV möge beschließen:****Geflüchtete Kinder nicht separieren – Saatwinkler Damm weiter für Schulbedarfe in Mitte mitnutzen**

1 Geflüchtete Kinder nicht separieren – Saat-
2 winkler Damm weiter für Schulbedarfe in
3 Mitte mitnutzen
4 Sozialdemokratische Mitglieder in der BVV
5 und im BA Mitte werden aufgefordert sich da-
6 für einzusetzen, dass der Bezirk Mitte auch
7 nach dem Auszug der Anna-Lindh-Schule aus
8 dem Gebäude am Saatwinkler Damm weiter-
9 hin Schüler:innen der Sekl aus Mitte an dem
10 Standort beschult.

11 Auf dem Wege werden nicht nur die Bedar-
12 fe von Mitte gedeckt sondern vor allem die
13 geflüchteten Kinder aus Tegel nicht separiert
14 belassen, wie es die aktuelle Planung der
15 SenBJF vorsieht

16 Aufgrund der langen Vorläufe insbesondere
17 bei Neugründungen von Schulstandorten ist
18 es notwendig, dass der Bezirk Mitte sich zeit-
19 nah zu der Weiternutzung des Saatwinkler
20 Damms bekennt.

21

22 Begründung

23 Aktuell werden geflüchtete Kinder aus Te-
24 gel in den sogenannten p10-Containern be-
25 schult ohne Anbindung an Regelschulstand-
26 orte. Dies verzögert deren Integrationspro-
27 zess enorm und macht es unmöglich, dass
28 es ernstzunehmende Annäherungsprozesse
29 zwischen den Kindern der Willkommens- und
30 der Regelklassen geben kann. Die Kinder aus
31 Tegel sollen immer mehr aus den p10 Con-
32 tainern in die Räume am Saatwinkler Damm
33 wechseln bis hin zu einem vollständigen Um-
34 zug im Winter 2025. Es ist entscheidend, dass
35 spätestens dann nicht nur die Kinder der Will-
36 kommensklassen am Standort sind sondern
37 auch Kinder aus Regelklassen.

38 Mitte auf der anderen Seite fehlt es nach wie

39 vor an zwei weiterführenden Standorten. Es
40 ist daher nur naheliegend, dass Mitte den
41 Standort weiter nutzt nachdem es über Jah-
42 re hinweg von Mitte ertüchtigt wurde und
43 BA Mitte der Mieter ist. Auf dem Wege wür-
44 de eine win-win Situation entstehen: Bezirk
45 Mitte würde die eigenen Bedarfe am Stand-
46 ort Saatwinkler Damm decken und wir hät-
47 ten einen direkten Anschluss der Willkom-
48 mensklassen an den Regelbetrieb am Stand-
49 ort selbst.

50 Ein Beispiel für eine mögliche Nutzung wä-
51 re die vorgezogene Gründung der zukünfti-
52 gen Gemeinschaftsschule an der Guineastra-
53 ße. Die Schulgemeinschaft, die sonst erst ent-
54 stehen würde nach der Fertigstellung des
55 Neubaus an der Guineastraße, könnte vorzei-
56 tig am Saatwinkler Damm gegründet werden
57 und dann nach der Fertigstellung mit mehre-
58 ren Jahrgängen umziehen.

B3**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Projekt Fluss Bad Berlin beschleunigen**

- 1 Die BVV-Mitte möge beschließen:
- 2 Das Fluss Bad Berlin ist ein Projekt, welches
- 3 das Ziel hat, den Fluss Spree in Berlin zu-
- 4 gänglich zu machen. Das Vorhaben sieht die
- 5 Umwandlung eines Abschnitts des Spreeka-
- 6 nals in einen öffentlichen Schwimmbereich
- 7 vor. Der Fokus liegt dabei auf der Schaffung
- 8 eines natürlichen und nachhaltigen, öffentli-
- 9 chen Raums mitten in der Stadt. Eines der Zie-
- 10 le des Fluss Bads, die ehemalige Schifffahrts-
- 11 straße Spreekanal als urbanen Raum nutzbar
- 12 zu machen, und dadurch dringend benötigte
- 13 nicht kommerzielle Erholungs- und Freiräu-
- 14 me in der verdichteten Stadtmitte zu schaf-
- 15 fen, steht seit Beginn im Fokus.
- 16 Das Fluss Bad Berlin ist Teil größerer Bemü-
- 17 hungen, städtische Gewässer aufzuwerten
- 18 und sie als lebenswerten Raum für Freizeitak-
- 19 tivitäten und soziale Interaktion zu nutzen. Es
- 20 ist ein sinnvoller Baustein zur zukunftsorien-
- 21 tierten und nachhaltigen Umwandlung und
- 22 Nutzung städtischer (Lebens-)Räume und es
- 23 stellt durch die Schaffung von Möglichkeiten
- 24 zur Abkühlung in sommerlichen Hitzephasen
- 25 einen wichtigen Beitrag zur Klimafolgenan-
- 26 passung und -gerechtigkeit dar.
- 27
- 28 Wir fordern daher:
- 29
- 30 1. Benennung einer Fluss Bad Beauftrag-
- 31 ten im Bezirksamt um eine erhöhte und
- 32 kooperative projektgebundene Zusam-
- 33 menarbeit und regelmäßige Kom-
- 34 munikation des Bezirksamts mit dem
- 35 Flussbad Berlin e.V. und anderen Ver-
- 36 waltungen zu gewährleisten
- 37 2. Genehmigung, Einrichtung und Betrieb
- 38 einer Pilotbadestelle im Spreekanal im
- 39 Jahr 2025 vom Land Berlin

40 Begründung

41 Die KDV-Mitte möge beschließen:

42 Die BVV-Mitte möge beschließen:

43 Das Fluss Bad Berlin ist ein Projekt, welches
44 das Ziel hat, den Fluss Spree in Berlin zu-
45 gänglich zu machen. Das Vorhaben sieht die
46 Umwandlung eines Abschnitts des Spreeka-
47 nals in einen öffentlichen Schwimmbereich
48 vor. Der Fokus liegt dabei auf der Schaffung
49 eines natürlichen und nachhaltigen, öffentli-
50 chen Raums mitten in der Stadt. Eines der Zie-
51 le des Fluss Bads, die ehemalige Schifffahrts-
52 straße Spreekanal als urbanen Raum nutzbar
53 zu machen, und dadurch dringend benötigte
54 nicht kommerzielle Erholungs- und Freiräu-
55 me in der verdichteten Stadtmitte zu schaf-
56 fen, steht seit Beginn im Fokus.

57 Das Fluss Bad Berlin ist Teil größerer Bemü-
58 hungen, städtische Gewässer aufzuwerten
59 und sie als lebenswerten Raum für Freizeitak-
60 tivitäten und soziale Interaktion zu nutzen. Es
61 ist ein sinnvoller Baustein zur zukunftsorien-
62 tierten und nachhaltigen Umwandlung und
63 Nutzung städtischer (Lebens-)Räume und es
64 stellt durch die Schaffung von Möglichkeiten
65 zur Abkühlung in sommerlichen Hitzephasen
66 einen wichtigen Beitrag zur Klimafolgenan-
67 passung und -gerechtigkeit dar.

68

69 Wir fordern daher:

70

- 71 1. Benennung einer Fluss Bad Beauftrag-
72 ten im Bezirksamt um eine erhöhte und
73 kooperative projektgebundene Zusam-
74 menarbeit und regelmäßige Kom-
75 munikation des Bezirksamts mit dem
76 Flussbad Berlin e.V. und anderen Ver-
77 waltungen zu gewährleisten
- 78 2. Genehmigung, Einrichtung und Betrieb
79 einer Pilotbadestelle im Spreekanal im
80 Jahr 2025 vom Land Berlin

81

B4**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Verstärkte Förderung von Gemeinschaftsgärten in Berlin-Mitte**

1 Gemeinschaftsgärten sind kollektiv genutz-
2 te Gartenflächen, die von einer Gruppe
3 von Menschen gemeinsam bewirtschaf-
4 tet werden. Sie dienen Zwecken wie der
5 Lebensmittelproduktion, der Gemeinschafts-
6 bildung, der Förderung der Umweltbildung
7 und der Schaffung von grünen Freiräumen in
8 dicht besiedelten Gebieten. Gemeinschafts-
9 gärten fördern zudem soziale Bindungen
10 und Zusammenarbeit in der Gemeinschaft,
11 bieten einen Ort der Entspannung und
12 Erholung.

13

14 Wir fordern:

- 15 • Eine Flächensicherung für alle Gemein-
16 schaftsgärten, insbesondere für das
17 Himmelbeet in der Grenzstraße
- 18 • Förderprogramme für Gemeinschafts-
19 gärten die nicht nur für Sachkosten de-
20 cken, sondern auch für Mitarbeitende
21 höhere Löhne ermöglichen

22

23 Begründung

24 Die KDV möge folgende Maßnahmen be-
25 schließen:

26

27 Gemeinschaftsgärten sind kollektiv genutz-
28 te Gartenflächen, die von einer Gruppe
29 von Menschen gemeinsam bewirtschaf-
30 tet werden. Sie dienen Zwecken wie der
31 Lebensmittelproduktion, der Gemeinschafts-
32 bildung, der Förderung der Umweltbildung
33 und der Schaffung von grünen Freiräumen in
34 dicht besiedelten Gebieten. Gemeinschafts-
35 gärten fördern zudem soziale Bindungen
36 und Zusammenarbeit in der Gemeinschaft,
37 bieten einen Ort der Entspannung und
38 Erholung.

39

40 Wir fordern:

- 41 • Eine Flächensicherung für alle Gemein-
- 42 schaftsgärten, insbesondere für das
- 43 Himmelbeet in der Grenzstraße
- 44 • Förderprogramme für Gemeinschafts-
- 45 gärten die nicht nur für Sachkosten de-
- 46 cken, sondern auch für Mitarbeitende
- 47 höhere Löhne ermöglichen

B5**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Finanzierungshilfe für den südlichen Schloßplatz am Humboldt Forum**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV
2 Mitte, des Bezirksamts Mitte sowie des Abge-
3 ordnetenhauses und des Senats werden auf-
4 gefordert, im Rahmen des in Vorbereitung be-
5 findlichen Städtebaufördergebietes "LZQ Ber-
6 liner Mitte" dafür Sorge zu tragen, dass der
7 Bau eines Brunnens sowie die Anlage ökolo-
8 gisch aktiver Grünflächen vorgesehen und fi-
9 nanziell abgesichert werden.

10

11 Begründung

12 Der südliche Schlossplatz des Humboldt Fo-
13 rums liegt im Herzen von Berlin und ist ein
14 zentraler öffentlicher Platz, der von histo-
15 rischer Bedeutung ist. Der Schloßplatz er-
16 streckt sich vor den Portalen 1 und 2 auf
17 der Südseite des Humboldtforums und wird
18 von der Hans-Eisler-Musikhochschule (ehemaliger Marstall) und der ESMT (ehemaliges Staatsratsgebäude) begrenzt. Für Besucher lädt er ein zum Verweilen und Entspannen. Umgeben von historischen Gebäuden und moderner Architektur bietet der südliche Schloßplatz einen faszinierenden Kontrast zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

26 Es gibt nun erste Überlegungen, auch vom
27 Humboldtforum selbst, den sehr steinernen
28 Platz umzugestalten. Insgesamt kann eine
29 Begrünung von großen, ungenutzten Flächen
30 dazu beitragen, die Hitzeresilienz von Städ-
31 ten zu verbessern, den Klimawandel abzumil-
32 dern und die Lebensqualität der Menschen zu
33 erhöhen. Weitere Argumente für die Begrü-
34 nung sind die Hitzereduktion, die verbesserte
35 Luftqualität, die Erhaltung der Artenviel-
36 falt und zudem erfolgt gleichzeitig eine äs-
37 thetische Aufwertung.